

Pressemitteilung vom 10.07.2012

Institut für vergleichende Irrelevanz
Kettenhofweg 130

60325 Frankfurt am Main

<http://ivi.copyriot.com/>
kette130@gmx.net

Mitarbeiter_innen des Ivis wollen verhandeln

Nach dem basisdemokratischen Plenum am Montag dieser Woche zeigen sich die Nutzer_innen des Instituts für vergleichende Irrelevanz erfreut über die Bereitschaft der grünen Fraktion im Römer Verhandlungen über die Zukunft des Institutes einzuleiten. Für Verhandlungen mit den Vertreter_innen der Stadt Frankfurt, der Franconofurt AG und möglicherweise der Universität stehen die Besetzer_innen zur Verfügung. Auch der Vorschlag einer Mediation durch den Frankfurter Rechtswissenschaftler Frankenberg zwischen Besetzer_innen und dem neuen Eigentümer, der Franconofurt AG, wurde von den Mitarbeiter_innen grundsätzlich positiv aufgenommen, jedoch formulieren sie Bedingungen, unter denen sie sich an Verhandlungen beteiligen möchten.

Oliver Sonnenschein erklärt: „Damit das Gespräch in einem konstruktiven und vertrauensvollen Rahmen geführt werden kann, muss die Franconofurt AG die gegen uns gestellten Strafanzeigen zurück ziehen. Für uns ergibt es keinen Sinn sich mit einem Akteur an den Tisch zu setzen, der alles daran setzt unsere Personalien festzustellen, um uns auf gerichtlichem Wege aus dem Haus zu vertreiben.“

Die Nutzer_innen des Institutes verurteilen die Kriminalisierung ihrer Arbeit durch den Franconofurt Vorsitzenden Wolf. Dieser hatte in einem Interview mit der dpa die Besetzer_innen mit der Roten Armee Fraktion verglichen. „Seit fast 9 Jahren leisten wir mit dem Ivi wichtige Bildungs- und Kulturarbeit, die sonst in der Stadt Frankfurt keinen Raum hätte. Dies zeigt sich auch daran, wie viel Unterstützung wir von Wissenschaftler_innen und Kultur- und Kunstschaffenden bekommen. Dass ein offenes und basisdemokratisches Projekt wie das Ivi mit Terrorismus gleichgesetzt wird, ist einfach nur eine bodenlose Unverschämtheit und verdeutlicht Wolfs antidemokratische Haltung.“ empört sich Christian Timm.

Um der erzwungenen Kriminalisierung, die durch das Wiederanstellen von Strom und Wasser entstanden ist, zu entgehen, haben die Nutzer_innen mit Unterstützung der Piraten/ELF Fraktion im Römer mit der Mainova Verhandlungen aufgenommen, um die Kosten für Strom und Wasser rückwirkend und zukünftig selbst zu tragen.

Sarah Schneider teilt zu dieser Frage mit: „Die Entscheidung für Strom und Wasser aufzukommen stellt uns vor einige Probleme. Das Institut finanziert sich lediglich auf Spendenbasis, alle hier geleistete Arbeit wird freiwillig und unentgeltlich angeboten. Demnach sind unsere finanziellen Ressourcen äußerst begrenzt. Aber wir wollen zeigen, dass wir kompromissbereit sind, uns ernsthaft an der Zukunft des Projektes gelegen ist und wir uns nicht so einfach kriminalisieren lassen.“

Von den Verhandlungen erhoffen sich die Besetzer_innen zum Einen ein Ende der Kriminalisierung und der drohenden Repression, zum Anderen hoffen sie darauf ihre Arbeit kontinuierlich fortsetzen zu können und das Projekt dauerhaft zu erhalten. Das grundlegende Prinzip des Ivis, Räume für die unkommerzielle Nutzung und Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens zu öffnen und somit Menschen unabhängig von der individuellen finanziellen Situation gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, werden sie dabei nicht aufgeben wollen.